

## HERAUSFORDERUNG MIT-WELT

6. Juni 2006, 18.00 Uhr | Politische Akademie, Tivoligasse 73, 1120 Wien

Über ein Leben im Einklang mit sich selbst, dem Anderen und der Natur diskutierten am 6. Juni bei einer Kooperationsveranstaltung des Instituts für Umwelt – Friede – Entwicklung / IUFE mit der Politischen Akademie, der Initiative Weltethos und der Theologie Interkulturell, Studium der Religionen der Universität Salzburg unter der Leitung von Dr. Petra Mayr (Wissenschaftsjournalistin / Zentrum für Tierethik) Dr. Petra C. Gruber (Sozialwirtin / Geschäftsführerin IUFE), Prof. Dr. Dr. Johannes-Michael Schnarrer (Theologe, Politikberater und Ethiker / Initiative Weltethos), Prof. Dr. Dr. Claude Ozankom (Theologe, Philosoph, Ethnologe; Kongo / Univ. Salzburg) und Prof. Dr. Anton Pelinka (Politologe / Univ. Innsbruck; Initiative Weltethos).



ÖVP-Generalsekretär **Reinhold Lopatka** betonte bei der Begrüßung die Wichtigkeit, Diskussionen auch abseits der tagespolitischen Debatte zu führen. Es gelte, trotz aller Orientierung auf „Brüssel“ sich auch mit der weltweiten Entwicklung zu beschäftigen. In dieser Debatte ortete Lopatka zwei Denkschulen: Die „Euphoriker“, für die alles machbar sei und die in Bio- und Gentechnologie und in den Export von Demokratie und Marktwirtschaft glaubten, und die „Apokalyptiker“, die vor einem ökologischen Kollaps des Planeten oder vor dem Zerfall bestehender sozialer Strukturen warnten. Zwischen diesen beiden Polen müsse man die richtige Positionierung finden. Die Politik dürfe es nie aus den Augen verlieren, sich für weltweite Gerechtigkeit einzusetzen. Umwelt- und Sozialstandards dürften nicht beiseite geschoben werden. Wenngleich die Wirtschaft immer stärker in den Blickpunkt gerückt sei, müsse die Politik alles dafür tun, um Stärke zu behalten und Einfluss nehmen zu können. Er, Lopatka, sei zuversichtlich, dass das europäische Lebensmodell Zukunft habe. Österreich spiele in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle. Der ÖVP-Generalsekretär kündigte an, die Ergebnisse der Veranstaltung „Herausforderung Mit-Welt“ bei der Entwicklung des ÖVP-Programms für die Nationalratswahlen zu berücksichtigen.

IUFE-Geschäftsführerin **Petra C. Gruber** verwies in ihrem Statement auf die Möglichkeiten und Chancen der Globalisierung, wie wissenschaftlich-technischen Fortschritt und materiellen Reichtum. Leider hätten daran nicht alle Teil, erklärte mit Bezug auf den Befund von der „globalen Apartheid“. Es gelte daher, die Chancen der Globalisierung für möglichst alle Menschen zu optimieren. Sie plädierte für eine Vision, die das Ziel habe, eine Balance der Menschen mit sich selbst zu erreichen, mit den Mitmenschen und mit der Natur. Derzeit sei unsere Welt allerdings von sozioökonomischen und politischen Misständen gekennzeichnet. Strukturelle Gewaltursachen verursachten mehr Todesopfer als Kriege. Auch in den Wohlstandsregionen mache sich eine neue Armut breit. Die daraus entstehende Kluft proviziere soziale Konflikte. Gruber kritisierte westliche Arroganz als Nährboden für Hass und Terror. Das Prinzip der Kostenwahrheit sei ebensowenig in der Wirtschaft durchgesetzt wie das Vorsorge- und das Verursacherprinzip. Derzeit sei es effizienter, die Umwelt zu zerstören.

Die IUFE-Geschäftsführerin unterstrich, dass derzeit eine Milliarde Menschen von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssten, 2,7 Milliarden Menschen hätten nicht einmal zwei Dollar. 800 Millionen Menschen gingen täglich hungrig zu Bett, eine Milliarde Menschen habe keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Armut bedeute freilich auch, keine Teilhabe am sozialen Leben zu haben. Die Menschenrechte würden täglich mit Füßen getreten. Das alles widerspreche auch dem aufgeklärten Eigeninteresse. Gruber verwies auf die Bemühungen im Rahmen der Entwicklungsdekaden der Vereinten Nationen, die Herausforderungen anzugehen. Dabei habe man teils gute, teils mäßige Erfolge erzielt.

Als Schlüsselprinzip für die Zukunft hob Gruber das Prinzip der Nachhaltigkeit hervor, das trotz der mittlerweile eingetretenen „Sinnentleerung“ des Begriffs enorme Qualität als Leitbild besitze. Es mache deutlich, dass die ökonomische Dimension der Entwicklung nicht auf Kosten sozialer Gerechtigkeit oder ökologischer Verantwortung gehen dürfe. Wichtig sei als vierte Säule die politische Gestaltung. Dabei sei ein neues Politikmodell gefragt, das auch die neuen Akteure berücksichtige: neben den Unternehmen und internationalen Regimes wie der WTO sei dies vor allem die Zivilgesellschaft. Gruber plädierte dafür, eigene Machtinteressen und nationale Egoismen hintanzustellen. Es gehe um eine Kultur des Friedens, die auf Dialog, Respekt und Einfühlungsvermögen aufbaue, und um echte, gleichberechtigte Partnerschaft. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage koste Geld. Den 65 Milliarden Dollar an Entwicklungshilfe stünden 950 Milliarden Dollar schwere jährliche Ausgaben für Rüstung entgegen. Entwicklungspolitik müsse als Friedenspolitik verstanden werden.

Aber auch auf der individuellen Ebene müsse es Änderungen geben: ohne eine Veränderung des Bewusstseins sei es schwierig, das Leitbild der Nachhaltigkeit zu verwirklichen. Gesetze und Verordnungen reichten dafür nicht aus, man müsse auch Kopf und Herz ansprechen. Nachhaltigkeit solle als positives Lebenskonzept verstanden werden. Seelisches Gleichgewicht, geistige Entwicklung und Verantwortung würden dadurch möglich. Jeder Einzelne könne täglich entscheiden, wie weit er in Richtung Nachhaltigkeit und Balance gehe, sagte Gruber mit Verweis auf die Konsumententscheidungen des täglichen Lebens.

Der Theologe und Ethiker **Johannes Schnarrer** erläuterte in seinem Referat das Projekt Weltethos von Hans Küng. Dieser habe argumentiert, dass die Parole der Zukunft „planetarische Verantwortung“ heiße. Man dürfe in der heutigen Welt nicht mehr so sehr auf Erfolgs- und Gesinnungsethik setzen, sondern Verantwortungsethik sei gefragt. Dafür sei es notwendig, das Verbindende zwischen den Religionen und Gemeinsamkeiten über den Glauben hinaus zu suchen. Man könne nicht gegen den Willen des Anderen leben. Es gehe nicht um eine win-lose, sondern um

eine win-win-Situation, argumentierte Schnarrer. Die Verantwortung sei laut Küng das Ergebnis von Willensfreiheit. Wer wirklich frei sei, könne Verantwortung tragen, wer unter Druck stehe, werde hingegen nicht wirklich frei handeln können. Diese Verantwortung richte sich auf die Hinordnung des Willens auf das Gute aus. Man müsse mitfühlen lernen, müsse das Bewusstsein ändern, Institutionen zu ändern. Die Kardinalfragen für Küng lauteten, unter welchen Bedingungen wir als Menschen individuelles und soziales Leben menschlich gestalten könnten, wie die Zivilisation gerettet werden könne, welche Voraussetzungen für Menschen für eine geglückte Existenz bestünden? Die Ethik stehe nach Küng in einem Spannungsverhältnis zwischen Druck und Entgegenkommen. Es müsse nachvollziehbar sein, was der Einzelne für gut und richtig halte und wie er sich verbessern könne. Ohne Gewissensbildung könne man nicht ethisch handeln. Es sei wichtig, sich in den anderen hineinversetzen zu können und für dessen Anliegen sensibel zu werden. Jeder könne dabei mithelfen und sich daran „bereichern“. Küngs Entwurf für ein Menschheitsethos sei durchaus zukunftsweisend, so Schnarrer.

Politikwissenschaftler **Anton Pelinka** verwies in seinem Statement auf die Herausforderung, mit Phänomen umgehen zu müssen, die sich der nationalstaatlichen Begrenzung entzögen. Zum zuvor angesprochenen Phänomen der Ungleichheit erklärte er, während es eine stark wachsende Ungleichheit in den Industriestaaten Europas gebe, habe sich der Abstand zwischen Südostasien einerseits und Europa und den USA andererseits verringert.

Der Politikwissenschaftler unterstrich, dass es derzeit kein konsistentes Gegenmodell zur liberalen Demokratie gebe. Dieses habe sich konzeptuell durchgesetzt. Von seiner Realisierung sei man aber noch weit entfernt. Dies gelte insbesondere für den transnationalen Bereich. Die liberale Demokratie sei säkular ausgerichtet, es gebe keine Doktrin und auch keine exklusive Ethik, die Vorrang hätten. Die liberale Demokratie bestehe im Sinn der Demokratietheorie Schumpeters aus dem politischen Markt, auf dem die Nachfrage über die politischen Angebote entscheide.

Der Pluralismus des politischen Marktes sei freilich nicht wertfrei, sondern an Werte gebunden. Der politische Markt brauche Voraussetzungen, damit der Pluralismus auch funktioniere. Es brauche einen Rahmen, der u.a. kläre, wer Zugang zu diesem Markt habe. Pelinka verwies darauf, dass in Österreich und in Europa die Zahl jener, die von Politik betroffen, aber von der Mitentscheidung ausgeschlossen seien, im Wachsen begriffe sei – dabei handle es sich um die Migranten. Die Umsetzung der Werte in der Demokratie sei nicht zeitlos, erklärte der Politikwissenschaftler mit Verweis auf das erst vor 100 Jahren eingeführte Frauenwahlrecht.

Menschenrechte und Weltethos hätten viel miteinander zu tun, seien aber nicht austauschbar. Man müsse zwischen Verboten und Geboten unterscheiden. Demokratie sei nicht nur die Herrschaft der Mehrheit, sondern auch der Schutz der individuellen und der Minderheitenrechte. Es brauche ein Verständnis darüber, was die Mehrheit dürfe und was nicht. Das Ausmaß der Politikverbote und Politikgebote unterliege einem historischen Wandel. Wir müssten mit einem ständigen Wandel des Wertedenkens leben und diesen Wandel auch akzeptieren, sagte Pelinka. Erst auf der Basis von Verboten und Geboten sei der freie Wettbewerb sinnvoll. Das Weltethos-Projekt bringe die Umkehrung der Goldenen Regel: Was du willst, dass man dir tut, das mache auch gegenüber allen anderen! Das Weltethos sei als ethischer Auftrag zu verstehen, während die Menschenrechte auf ein klares Normengefüge abzielten. Menschenrechte und Wertethos seien voll kompatibel, sie ergänzten sich.

Pelinka sprach in seinen Ausführungen auch die Renaissance des Religiösen in der Politik an. Die Religion bestimme viel stärker als erwartet die Politik des beginnenden 21. Jahrhunderts. Die Frage stelle sich, wie man vom Standpunkt der liberalen Demokratie damit umgehen könne. Der Politikwissenschaftler plädierte dafür, Konfliktlinien nüchtern zu differenzieren: einerseits zwischen Religionen und Konfessionen selbst, und andererseits zwischen Religion als politikbestimmenden Faktor und dem Säkularismus. Letzterer bedeute nicht die Ablehnung der Religion, sondern die Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre. Mit unserer säkularistischen Grundhaltung ständen wir in Europa ziemlich alleine da, sagte Pelinka. Es gebe keine Formel zur Auflösung des Konfliktes, aber einen methodischen Zugang: durch die Betonung von Grundnormen, seien es nun Menschenrechte oder Weltethos, würden diese Konfliktlinien relativiert und ihrer Explosivität beraubt. Erkenne man an, dass es zur Demokratie kein Gegenmodell gebe und dass zur Demokratie neben der Mehrheitsentscheidung auch die Prinzipien der Gebote und Verbote gehörten, sei dies die bestmögliche Art und Weise, um mit der Explosivität religiös motivierter Konflikte umgehen zu können.

Der Theologe, Philosoph und Ethnologe **Claude Ozankom** erläuterte in seinem Referat die Themenstellung der Veranstaltung aus afrikanischer Perspektive. Die Flüchtlingsschicksale zeigen, dass vor allem junge Menschen versuchten, ihrer prekären Situation durch Migration zu entkommen. Die Rahmenbedingungen für das Leben der Menschen auch in Afrika würden durch die Globalisierung bestimmt. Ozankom beschrieb Globalisierung als komplexen Prozess weltweit enger werdender Verflechtungen und umfassender Strukturumbrüche, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasse. Dabei spielten die freie Bewegung von Kapital und Know-how, neue Kommunikationstechnologien, Schnelligkeit und Kurzlebigkeit oder Englisch als lingua franca eine zentrale Rolle. Vor allem würden aber Errungenschaften der abendländischen Zivilisation in andere Kulturräume getragen, das werfe Probleme auf und verursache eine Abwehrhaltung gegenüber diesem Transfer europäischer Werte. Die Rückbesinnung auf etwa das eigene religiöse Erbe verlaufe nicht immer friedlich. In Afrika konstatierte der Wissenschaftler unterschiedliche Mechanismen, um dem Globalisierungsdruck zu begegnen. So komme es zu einem Prozess der Ethnifizierung, in dessen Zug vergessene Identitäten wieder entdeckt würden. Der Fundamentalismus gelte als Form antiglobalistischer Logik und werde oft mit dem Islam in Verbindung gebracht. Neue religiöse Bewegungen würden in Afrika wie Pilze aus dem Boden schießen. Ozankom berichtete, dass sich Prophezeiungen, Gesundheiten und Heilen auch unter aufgeklärten Personen wie Wissenschaftern höchster Beliebtheit erfreuten. Auch der Fatalismus sei eine Reaktion, wenn die Menschen merkten, dass sie immer nur Objekte der Globalisierung seien. Aber auch Schattenwirtschaft und Prostitution spielen eine Rolle. Positiv sei die Entwicklung von regionalen Wirtschaftsräumen zu vermerken, wiewohl diese nicht die notwendigen Freiräume gegenüber den USA, der EU oder Weltbank und Währungsfonds hätten. Als Perspektiven in Richtung einer zukunftsfähigen Entwicklung forderte der Wissenschaftler dazu auf, aus den Fehlern bisheriger entwicklungspolitischer Ansätze zu lernen, und eine neue Praxis der Kooperation auf gleicher Augenhöhe zu pflegen.

Wenn man in Afrika wirklich eine nachhaltige Entwicklung wolle, dann dürfe man die Afrikaner nicht als Paten, sondern als Partner sehen. Für besonders wichtig hielt Ozankom, dass einer neuen Generation von Persönlichkeiten die politische Führung übertragen werde, die sich am Gemeinwohl orientierten. Nur so könne man sich dem europ-amerikanischen Diktat widersetzen und eine ähnliche Dynamik wie in Ostasien in Gang setzen. Die afrikanische Diaspora habe zwischen Weltgemeinschaft und Afrika eine Brückenfunktion einzunehmen. Der Wissenschaftler plädierte dafür, Perspektiven für die Zählung des zügellosen Kapitalismus und für Menschenwürde aufzuzeigen. Das alles sei auch im Interesse Europas, denn die ungelösten Probleme Afrikas würden sonst auf Europa zurückschlagen.

In der nachfolgenden Diskussion unterstricht Ozankom, dass das Projekt Weltethos aufzeige, dass auch andere Kulturen ethische Werte hätten. Man könne sich in die Situation anderer hineinversetzen und dadurch ermöglichen, dass sich die Afrikaner aufgewertet fühlten. Politikwissenschaftler Pelinka gab zu bedenken, dass das Weltethos-Projekt unter Verdacht stehe, eurozentristisch motiviert zu sein. Es sei kein Rezept gegen Armut und Elend, könne aber den globalen Dialog zwischen Partnern ermöglichen. Ethik-Experte Schnarrer verwies darauf, dass Religion mitunter auch eine Feigenblattfunktion erfülle, wenn man keine Argumente mehr habe. Religion werde oft dort vorgeschoben, wo es nur um Macht gehe. Pelinka replizierte, dass die Menschenrechte mit Religion kompatibel seien, aber nicht zwangsläufig daraus abgeleitet wurden. Man könne sie aber religiös argumentieren. Ozankom erklärte, es gehe darum, sich über Werte verständigen zu können – man werde freilich so schnell keine Einheit finden, wenngleich man auf gutem Weg sei. Sozialwirtin Gruber plädierte in der Diskussion für den Global-Marshall-Plan zur Durchsetzung des Nachhaltigkeitsprinzips in der Politik. Dieser setze zudem stark auf Dialog und auf das Aufzeigen von Konfliktlinien. Politikwissenschaftler Pelinka plädierte in Zusammenhang mit der Nachhaltigkeitsfrage für Politikverbote: Es sei vorstellbar, dass das Höchstgericht über Ansprüche der nächsten Generation wache. Mittels internationalen Rechts der Staatengemeinschaft könne man festlegen, wie man mit dem Problem der globalen Erwärmung umgehe. Es seien entsprechende Verpflichtungen unter Begrenzung der Freiheit denkbar. Notwendig sei es, ein entsprechendes gesellschaftliches Bewusstsein zu erzeugen. Dies dürfe man nicht auf die Politik abschieben. Politik reagiere auf eine entsprechende Nachfrage, so Pelinka.